

Reichseinnahmen und -ausgaben

Berlin, 4. Juli

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht den Monatsausweis über die Reichseinnahmen und -ausgaben im Mai 1930. Im ordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen 440,7 Millionen Mark gegen 828,7 Millionen Mark im April. Die Mehrausgaben in den Monaten April und Mai betrugen zusammen 57,1 Millionen. Im außerordentlichen Haushalt beliefen sich die Einnahmen im Mai auf 101,6 Millionen gegen 195,3 Millionen im April. Die Ausgaben betrugen 111,9 Millionen gegen 18,0 Millionen im April. Daraus ergibt sich eine Mehreinnahme von 167,0 Millionen im April und Mai.

Der Gesamtschuldbetrag im ordentlichen Haushalt betrug einschließlich des Fehlbetrages aus den Vorjahren von 465,0 Millionen insgesamt 522,1 Millionen, der Fehlbetrag im außerordentlichen Haushalt einschließlich des Fehlbetrages aus dem Vorjahr von 771,7 Millionen — 604,7 Millionen.

Der Stand der schwebenden Schuld war Ende Mai 1479,0 Millionen gegen 1541,4 Millionen Ende April.

Beamte und radikale Parteien

Das preussische Staatsministerium hat in seiner letzten Sitzung den folgenden Beschluß gefaßt, der namentlich den nachgeordneten Behörden aller Zweige der Staatsverwaltung und den Gemeindebehörden zugeht:

„Nach der Entwicklung, die die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und die kommunistische Partei Deutschlands genommen haben, sind beide Parteien als Organisationen anzusehen, deren Ziel der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsordnung ist.“

Ein Beamter, der an einer solchen Organisation teilnimmt, sich für sie betätigt, oder sie sonst unterstützt, verleiht dadurch die aus seinem Beamtenverhältnis sich ergebende besondere Treueverpflichtung gegenüber dem Staate und macht sich eines Dienstvergehens schuldig.

Allen Beamten ist demnach die Teilnahme an diesen Organisationen, die Beschäftigung für sie, oder ihre sonstige Unterstützung verboten.

Das Staatsministerium bringt diese Auffassung der Beamenschaft hiermit besonders zur Kenntnis und weist sie darauf hin, daß künftig gegen jeden unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbediensteten, der dem zum Widerstand, disziplinarisch eingeschritten wird. Das Staatsministerium ordnet gleichzeitig an, daß die nachgeordneten Behörden über jeden Fall der Zuwiderhandlung dem zuständigen Fachminister zu berichten haben.“

Separatistenjungen in Mainz

Mainz, 3. Juli

Auch in Mainz kam es zu Racheakten gegen ehemalige Separatisten. Eine große Menschenmenge durchzog unter dem Gesang vaterländischer Lieder die Straßen. Ein Laden, dessen Besitzer ein ehemaliger Separatist ist, wurde in der Bahnhofstraße demoliert. Die Fenster Scheiben wurden eingeschlagen, die Auslagen auf die Straße geworfen und zerstört. Auch ein Laden in der Synagogengasse wurde vollständig ausgeplündert. Ein starkes Polizeiaufgebot teilt die Menge auseinander. Vor den Läden wurden Beamte postiert, um weitere Zerstörungen zu verhindern. Die Stadt befindet sich in großer Erregung. Ein großer Teil der Separatisten hat Mainz verlassen. Andere wieder wurden von der Polizei in Schutzhaft genommen.

Am Donnerstag setzten sich die Demonstrationen fort. Es handelt sich um einen regelrechten Volksaufstand gegen die Separatisten, und es besteht die Gefahr, daß noch andere Städte von der Bewegung ergriffen werden. Von der Polizei ist alles getan worden, um die Ausschreitungen zu verhindern. Die vorhandenen Polizeikräfte waren aber vielfach zu schwach, um gegen die Tausende einzuschreiten.

Bei dieser Gelegenheit zeigt sich wieder einmal, von welcher unheilvollen Einflüß die im Verfall der Verdikt vorgelegene Beschränkung der Polizeikräfte sein kann. Mainz hat für besondere Anlässe viel zu geringen polizeilichen Schutz. Bis vor außerordentlichem Unterhaltungs eingetroffen ist, kann das größte Unglück längst geschehen sein.

Ein Erlass des heftigen Innenministers

Der heftige Innenminister erläßt folgenden Aufruf: Heute nacht sind in Mainz von Unverantwortlichen schwere Ausschreitungen begangen worden, die im Interesse des Ansehens unseres Landes auf das schärfste verurteilt werden müssen, zumal davon auch gänzlich unbefahrene ehrenwerte Bürger betroffen worden sind.

Die Befreiungsfunde erfordert von der ganzen Bevölkerung ein würdiges, dem Ernst der Zeit entsprechendes Verhalten.

Wenn jemand in den kritischen Jahren der Besatzung eine zweifelhafte Haltung eingenommen hat, so ist er durch das Urteil seiner Mitbürger zur Genüge bestraft. Ich weiß, daß auch die Bevölkerung des befreiten heftigen Gebietes solche Racheakte verurteilt in dem Gefühl, daß der weltgeschichtliche Vorgang der Befreiung nicht durch Handlungen entwürdigt werden darf, die der Größe unserer Sache widersprechen.

Ich habe die Polizeibehörden angewiesen, gegen jede Ausschreitung unter Anwendung aller polizeilichen Mittel rücksichtslos vorzugehen. Die Ordnung und der öffentliche Friede müssen unter allen Umständen gewahrt werden. Ich wende darauf hin, daß für Vermögens- und Sachschäden unter Umständen die Gesamtheit aufzukommen hat.

Um fühlbarem Mangel abzuhelfen . . .

Eine neue Parteigründung

Berlin, 2. Juli

Infolge der internen Auseinandersetzungen in der Nationalsozialistischen Partei hat die Straßer-Gruppe ihren Bruch mit der Hitler-Gruppe vollzogen. Der „Nationalsozialist“, dessen Herausgeber Otto Straßer ist, veröffentlicht einen Aufruf an Leser, Partei, Genossen, Freunde zur

Gründung einer eigenen Partei, der revolutionären Nationalsozialisten. An erster Stelle sind neben Otto Straßer der frühere Major Buchruder und Herbert Bland unterzeichnet. Es folgen die Unterschriften einer Reihe örtlicher Führer.

Der Aufruf enthält eine Art Parteiprogramm. Auf außenpolitischem Gebiet wird der Interventionismus gegen Rußland bekämpft in der inneren Politik die Stellungnahme für das System der Einzelstaaten abgelehnt und ein republikanisches Bekenntnis abgelegt, im Gegensatz zu dem „republikanisch-monarchistischen Halbdunkel“ und der „übersteigerten Verehrung für den faschistischen Obrigkeitstaat“. Weiter wird über die „Verbürgerlichung“ der Partei geklagt, die in dem engen Bündnis mit Hugenberg, mit dem Stahlhelm und den sogenannten Vaterländischen zum Ausdruck komme.

Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag

Rede des Reichsministers Schiele

Stuttgart, 4. Juli

Der Genossenschaftliche Einheitsverband — Raiffeisen —, in dem 37 Landes- und Provinzialverbände mit 36 339 landwirtschaftlichen Genossenschaften und über 4 Millionen Einzelmitgliedern zusammengeschlossen sind, hält seine erste Tagung seit dem im Februar erfolgten Zusammenschluß vom 2. bis 5. Juli in Stuttgart ab.

Geheimrat Hohenegg streifte in längeren Ausführungen die Not der Landwirtschaft, hat, nicht überspannte Hoffnungen an die Arbeit des Reichsverbandes zu knüpfen, der noch eine junge Organisation sei.

Darauf betrat, kürzlich begrüßt, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele das Rednerpult. Er überbrachte Grüße und Wünsche des Reichspräsidenten sowie der Reichsregierung und des Reichszänglers und erinnerte daran, daß das Notprogramm von 1928 den ersten Anstoß und die finanzielle Grundlage zu der genossenschaftlichen Einigung gegeben habe. Das landwirtschaftliche Notprogramm von 1928 hat auch die Grundlinie geschaffen, die für die weitere genossenschaftliche Arbeit bestimmend sein muß, nämlich

Erzeugung marktgängiger Qualitätsware, Zusammenfassung der Ware zu großhandelsfähigem Angebot, Ausgleich des Angebots nach Ort und Zeit.

Seither ist manches auf diesem Gebiete schon erreicht. In den letzten zehn Jahren haben sich Umwälzungen auf dem Weltmarkt und in unserer heimischen Wirtschaft vollzogen, die man schlechthin als grundlegende Strukturwandlungen des landwirtschaftlichen Marktverkehrs bezeichnen kann. Das Fazit dieser Entwicklung kann man in die Worte zusammenfassen: es gibt kein landwirtschaftliches und gärtnerisches Erzeugnis mehr, auch nicht das empfindlichste, das nicht bereits zur internationalen Handelsware geworden ist. Die deutsche Landwirtschaft muß daher in allen Betriebszweigen mit der Konkurrenz aller Länder der Welt um den Absatz auf unserem heimischen Markt ringen. Hieraus erwächst die immer dringlicher werdende Aufgabe des ländlichen Genossenschaftswesens, nämlich der Treuhänder des Bauern auf dem Markt zu sein. Die Entwicklung des Auslandes legt uns aber noch einen besonderen Zwang zu stärkerer organisatorischer Zusammenfassung unserer Kräfte auf. Auch wir müssen — wie das Ausland — zu großhandelsfähigen Spezialgenossenschaften kommen.

Aus der organisatorischen Zusammenfassung der Kräfte muß die wirtschaftliche erwachsen.

Nur auf diesem Wege kann ein gesunder Einfluß auf die Preisentwicklung gewonnen werden. Der auf einzelnen Agrargebieten überlastete Auslandsmarkt wird uns auch eine Ueberprüfung unseres letzten Einfuhrschutzes und eine besondere Pflege des Binnenmarktes und der Verkehrsverhältnisse zur Pflicht machen.

Besondere Ausführungen machte der Minister zu der gerade gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses stehenden Frage

der Neuregelung des Zollschutzes der Milchwirtschaft.

Eine wesentliche Förderung der kreditpolitischen Fragen erwartet der Minister von der Durchführung der Osthilfe, die auch die Voraussetzungen für die allmähliche Beseitigung der heutigen Risikoausfälle in den bedrohten Gebieten schaffen sollte.

Minister Schiele schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Landwirtschaft zur Einigkeit und zur Tatbereitschaft.

Im Anschluß an diese Ausführungen wurde in die sachlichen Beratungen eingetreten, die mit einem Vortrag des Präsidenten des Reichsverbandes, Reichsminister a. D. Hermes-Berlin, über „Die Aufgaben und Stellung der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften im Rahmen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft“ eingeleitet wurden.

Mussolini für Revision der Verträge

Paris, 3. Juli

Im „Petit Parisien“ wird ein Artikel Mussolinis über die Panuropa-Denkschrift Briands veröffentlicht. Mussolini kommt in diesem Artikel zu dem Schluß, daß die Differenzen wirtschaftlicher, politischer und sozialer Art und die Widersprüche in den Aspirationen und nationalen Forderungen der Völker Europas den von Briand geplanten Staatenbund unmöglich machen.

Ein solcher Bund setze voraus, daß durch ernsthafte und aufrichtige Revision der bestehenden Verträge wenigstens die schlimmsten Ungerechtigkeiten beseitigt würden, damit eine erste Anpassung Platz greifen könne.

Mussolini befaßt sich auch in dem Artikel mit dem Verhältnis Deutschlands zu Frankreich. Deutschland sei ebenso wie England und Amerika ein Muster für die allein mögliche Art einer Staatenföderation. Das Band der gemeinsamen Rasse und Sprache in der deutschen Einheit habe sich so stark erwiesen, daß diese Einheit auch durch die schwerste Niederlage nicht habe zerrissen werden können. Auch heute stehe Deutschland geschlossen und unerschütterlich da. Gegenüber diesem deutschen Block sei ein Bündnis mit Frankreich ausgeschlossen.

Zwischen Deutschland und Frankreich bestünde nicht etwa nur eine Differenz, sondern ein glatter Widerspruch in den nationalen Zielen. Die Aspirationen des „dynamisch“ entwickelten Deutschlands und die des „statisch“ denkenden Frankreichs seien im Augenblick nicht zu vereinbaren.

Stalin Triumphtor

Ende des Moskauer Parteitag.

Moskau, 3. Juli

Auf dem kommunistischen Parteitag in Moskau schloß Stalin die Aussprache mit einem Schlußwort, in dem er besonders auf die Reden Rykows und Tomskis einging. Von diesen forderte er Taten, die mit der Generallinie der Partei im Einklang stehen. Wenn diese Taten ausbleiben sollten, dann werde die Partei den entschiedenen Kampf gegen sie fortsetzen. Stalin wurden stürmische Ovationen dargebracht.

Der Parteitag hält zur Beschleunigung der Industrialisierung der Sowjetunion die weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt auf der Grundlage unerhöhter Aufrechterhaltung des Außenhandels-Monopols und weitestgehende Ausnützung der Technik fortgeschrittener kapitalistischer Länder für notwendig. Die Aufmerksamkeit der Partei soll noch mehr auf die Festigung der Wechselfähigkeit der Sowjetunion gelenkt werden. Das rasche Industrialisierungstempo habe die Grundlage für den sozialistischen Wiederaufbau der Landwirtschaft im Sinne einer geschlossenen Kollektivierung unter Ausschaltung des Kulakentums geschaffen.

Große Waldbrände

Deffau. In der Oranienbaumer Heide wüthet ein Waldbrand, der sich mit ungeheurer Schnelligkeit ausbreitet. Die Hochwaldbestände der Heide, die soeben erst aus herzoglichem Besitz in die Hände des Staates übergegangen sind, sind aufs schwerste gefährdet. Mehrere hundert Morgen wertvoller Bestand sind bereits verbrannt. Der Feuerstrom wüthet sich mit ungeheurer Schnelligkeit der Kreisstraße zu. Die Gräben, die aufgeworfen wurden, erwiesen sich als wirkungslos; sie sind sofort von den Flammen überbrungen worden. Tausende von Helfern wurden von dem Flammenmeer zur Flucht gezwungen. Die einzige Hoffnung zur Rettung liegt darin, daß man den Flammen an der schnurgeraden Kreisstraße Deffau-Oranienbaum Einhalt gebieten kann. Ministerpräsident Deift hat im Landtag, der wieder zusammengetreten ist, von dem Unglück Mitteilung gemacht. Sämtliche Feuerwehren Deffaus, die staatliche Ordnungspolizei, die Technische Nothilfe und die Reichswehr sind eingeleitet.

Deffau, 3. Juli. Bis Donnerstag um 20 Uhr hat das verheerende Feuer in der Oranienbaumer Heide einen Waldbestand von etwa 450 bis 500 Morgen vernichtet. In den Abendstunden gelang es den vereinigten Anstrengungen der Deffauer und Zerfster Garnisonen, der Technischen Nothilfe und den etwa 20 Feuerwehren, einen Ring um das Feuergebiet zu ziehen. In den Abendstunden begab sich die anhaltische Regierung an die Brandstätte, die von Tausenden von Menschen umlagert ist. Die Ursache des Brandes ist vermutlich in der weggeworfenen Zigarette eines Heidelbeerjuchers zu suchen.

Magdeburg. In den großen Waldungen bei B u f o w in der Nähe von Genthin entzündet ein Waldbrand, der in kurzer Zeit, begünstigt durch die Hitze und Trockenheit, etwa 200 Morgen Waldbestand vernichtete. u. r. auch einen großen Lagerplatz von Nuthölzern, Eisenbahnschwellen, Telegraphen- und Telephonkanälen. Das Fortschreiten des Brandes ist sehr gefährdet, weil infolge günstiger Windrichtung erhalten, während ein Kohlenmelier verbrannte. Die weißgrauen riesigen Rauchsäulen sollen noch in 50 Kilometer Entfernung sichtbar gewesen sein. — Es wird angenommen, daß auch hier wieder das Rauchen im Walde die Ursache gewesen ist. Sämtliche verfügbaren Feuerwehren der nächsten und weiteren Umgebung wurden zur Bekämpfung des Riesenbrandes herangezogen. Die Bewohner der umliegenden Ortschaften zogen breite Gräben, um ein Weiterdringen des Feuers zu verhindern. Nach mehr als fünfständiger angestrengtester Arbeit der Feuerwehren und der Bevölkerung war der Brand eingedämmt. Starke Brandwachen sind rings um das noch gefährdete Gebiet aufgestellt.

Ergebnis der Woche

R. P. „Das Rheinland ist frei!“ Dieser Ruf von Millionen rheinischer Kehlen erhoben, von Tausenden rheinischer und deutscher Stimmen begleitet, von Millionen deutscher und ausländischer Federn beschrieben, klingt heute noch durch rheinisches und deutsches Land und weht darüber hinaus im Ausland Widerhall und bedächtige Ueberlegung. Die einen nennen es Fortschritt der Verständigungspolitik, die andern den Anbruch einer neuen Zeit in Europa, dritte die Auslöschung des Krieges, vierte, und sie finden man vor allem in Frankreich, „eine nationale Katastrophe“. Für Deutschland bedeutet die Rheintandräumung zweifellos eine innen-, außen- und wirtschaftspolitische Erleichterung durch die Wiederherstellung der deutschen Souveränität und durch die wirtschaftliche und seelische Entlastung der rheinischen Bevölkerung; sie bedeutet einen Abschnitt der Oberkommissar im Rheinland, dem Herr Briand für seine „verständige und schwierige Arbeit“, besonderen Dank ausgesprochen hat, hat es fertig gebracht, die nun endlich aufgehobene Besetzung als eine besondere Form der — deutsch-französischen Annäherung zu bezeichnen! Er hat es einem französischen Journalisten gelagt zu dem Zwecke natürlich, daß die Welt erfahren möge, „welch schwere Opfer“ Frankreich durch Aufrechterhaltung der Besetzung für die deutsch-französischen Annäherung gebracht hat! Man wird annehmen können, daß Herr Briand mit dieser Darstellung selbst in den gläubigsten Seelen starke Zweifel erregt hat. Wenn man mit Tanks, schweren Geschützen, Maschinengewehren und ähnlichen „friedlichen“ Mitteln Annäherung erzielen könnte, dann müßte sie während des Weltkrieges in einer Weise zustande gekommen sein, daß heute die neue und die alte Welt nur noch einen einzigen Freundschaftsbund darstellten.

In diesen Tagen tagte in Schmetts die Kleine Entente-Konferenz. Diese Entente, seinerzeit von Briand als Instrument der französischen Blockierungspolitik gegen Deutschland ins Leben gerufen, hat sich in den letzten Jahren selbständiger gemacht, wenn auch in der Hauptsache in dem Sinne, die Interessen ihrer Staaten gegen die Mittel-